

Berlin, Freitag,
Blatt erscheint in der Woche
zwölfmal.

Abend-

№ 240.

Ausgabe.

den 24. Mai 1878.

Abonnements-Preis:
Jahrl. für Berlin 7 M 50 Pf.,
ganz Preussen, das übrige
Deutschland und ganz Oester-
reich 9 M.

Berliner Börsen-Zeitung.

Als Gratis-Beilagen erscheinen
ausser anderen
tabellarischen Uebersichten
eine Zusammenstellung
aller Submissionen,
Allgemeine Verloosungs-Tabellen
und Restanten-Liston.

Insertions-Gebühr:
dreispaltige Zeile 40 Pf.

Alle Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an; für Berlin die Expedition.

Die einzelne Nummer kostet 25 Pf

Expedition der Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstrasse No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

Für den Monat Juni eröffnen wir ein
sonderes Abonnement. Aus-
wärts werden die Bestellungen zum
Preise von 3 Mark bei allen Postan-
stalten, in Berlin zum Preise von
2 Mark bei allen Stadt-Post-Anstalten
und zum Preise von 2 Mark 50 Pf.
bei sämmtlichen Zeitungs-Spedi-
toren, sowie in unserer Expedition,
Kronenstrasse No. 37, entgegenge-
nommen.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 24. Mai, früh. (C. T. C.) Gegenüber
der Blätterdebatte von Bemühungen der Anglo-
bank, in Paris einen Vorschuss auf den 60-Mil-
lionen-Credit namens des gemeinsamen Finanz-
ministers aufzubringen, kann die „Presse“ auf
Grund authentischer Mittheilung erklären, dass
hierzu weder von Seiten des gemeinsamen Finanz-
ministers, noch von Seiten des Oesterreichischen
Finanzministers irgend Jemand beauftragt wor-
den sei.

London, 24. Mai, früh. (C. T. C.) Unterhaus.
Im weiteren Verlauf der Debatte über die Resolu-
tion Hartington's hatte Forster die Nothwendigkeit
der Geheimhaltung der Heranziehung Indischer
Truppen bestritten; die Publicität würde Europa
mehr imponirt haben. Redner warnte vor der
Verfassung einer grossen Indischen Armee. Schatz-
kanzler Northcote stützte sich auf eine Verletzung
der Verfassung stütze sich auf eine Verletzung
solche vorgelegen hätte, so würde er ungeachtet
der wichtigen Interessen, die dabei im Spiele ge-
wesen, in die Berufung der Indischen Truppen
nicht gewillt haben. Hartington führte aus, dass
die Behauptungen der Opposition von der gegen-
seitigen Seite nicht widerlegt worden seien, die
Regierung habe das Haus in eine Lage versetzt,
in der es unmöglich die verlangten Gelder verwen-
den könne, das Land sei der Gefahr eines Krieges
ausgesetzt.

London, 24. Mai, früh. (C. T. C.) Das Unter-
haus hat die Resolution Hartington's betreffend die
Verwendung Indischer Truppen mit 347 gegen 226
Stimmen abgelehnt; die Majorität für die Regierung
beträgt mithin 121 Stimmen. Das von dem Staats-
secretär der Colonien, Hicks-Beach, gestellte Amem-
dement, welches besagt, das Haus halte die ver-
fassungsmässige Controlle des Parlaments in Bezug
auf die Aushebung und Verwendung von militäri-
schen Streitkräften für vollständig gesichert, und
trachte es daher für unnöthig und unzweckmässig,
einer Resolution zuzustimmen, die die Hände der
Regierung zu schwächen geeignet wäre, wurde ohne
Abstimmung genehmigt.

London, 24. Mai, früh. (C. T. C.) Gestern
hat in den Centren der Strike-Districte eine Ab-
stimmung der Baumwollenweber über die Frage der
Wiederaufnahme der Arbeit stattgefunden; die Ab-
stimmung ergab das Resultat, dass die Wieder-
aufnahme der Arbeit abgelehnt ist.

London, 24. Mai, Vormittags. (C. T. C.) Der
„Standard“ erfährt, dass die Mittheilungen des
Grafen Schuwaloff den heute stattfindenden Cabi-
netrath beschleunigen würden. Wie das Blatt
wissen will, wären die neuerlichst gehegten günsti-
gen Erwartungen anscheinend gerechtfertigt, es sei
zwar noch nichts fest geregelt, der Congress werde
aber, falls nicht besonders störende Zufälle ein-
treten sollten, zusammentreten. Die Elemente zu
einer Verständigung zwischen England und Russ-
land seien gewonnen, der Kaiser von Russland sei
begladigt mit erheblichen Zugeständnissen entgegen-
gekommen, und wenn auch noch viele Schwierig-
keiten zu überwinden seien, so dürfe doch eine
friedliche Lösung erwartet werden, wenn die gegen-
wärtige Stimmung des Russischen Cabinets an-
dauern sollte.

London, 24. Mai, Vormittags. (C. T. C.) Die
„Morningpost“ sagt in einem als inspirirt ange-
sehenen Artikel, Graf Schuwaloff überbringe die
Versicherung, dass die Friedensneigung in Peters-

burg der in London bestehenden vollständig gleich-
komme, Graf Schuwaloff sei auch der Träger ge-
wisser Ansdrücke der Bereitwilligkeit, den Engli-
schen Anträgen entgegen zu kommen und eines
allgemeinen Planes zur Erzielung einer Versöhnung.
Die Russische Regierung lehne es zwar ab, den
Vertrag von San Stefano zu annulliren, sei aber
vorbereitet, den Vertrag auf dem Congresse dis-
cutiren zu lassen. Graf Schuwaloff soll ferner ver-
sichert haben, dass der Kaiser von Russland dem
General Totleben jeden Versuch einer Ueberrump-
lung Konstantinopels untersagt habe; die Russische
Regierung sei auch ohne allen Connex mit dem
jüngst erlassenen Auftruf zur Equipirung einer
Kreuzerflotte. Die nächsten Tage würden wahr-
scheinlich Zeuge des Beginns der Besprechungen
sein, die schliesslich die Basen für die praktischen
Verhandlungen bilden dürften.

Rom, 24. Mai. (C. T. C.) Der Papst empfing
gestern die „Deutschen Pilger“, in deren Namen
Herr v. Löf eine Ergebnissadresse verlas,
dankte denselben und sprach seine Befriedigung
darüber aus, dass die Deutschen Katholiken fest zu
ihrem Glauben ständen. Er empfahl denselben,
ihren Glauben zu bewahren und auch ihre Kinder
darin zu erziehen und schloss mit dem Wunsche,
dass die Gegner der katholischen Kirche die Wohl-
thaten erkennen möchten, die sie aus dem Bestande
der Kirche ziehen könnten.

Konstantinopel, 23. Mai. (C. T. C.) In
Folge der Ruhestörungen vor dem Palast von
Tschiragan ist das Journal „Bassiret“ suspendirt
und der Director desselben verhaftet worden. —
In San Stefano sind von Rodosto neue Russische
Truppen eingetroffen.

New-York, 23. Mai. (C. T. C.) Die demo-
kratische Convention von Pennsylvania hat ein
Programm aufgestellt, in dem sich dieselbe gegen
die Verminderung des Greenbacks-Emissions erklärt
und die Anstellung eines „ändlichen Untersuchungs-
über die bei den Wahlen von 1876 vorgekommenen
Unregelmässigkeiten verlangt, jedoch jedweden An-
griff auf den Rechttitel des Präsidenten Hayes als
gefährlich für die allgemeine Wohlfahrt verurtheilt.
— Nachrichten aus Mexiko zufolge hätten die
Parteiänger Lerdo's gestern die Stadt Reynosa
eingenommen.

Berlin, den 24. Mai.

— Die 55. Plenar-Sitzung des Deutschen
Reichstages wurde vom Präsidenten v. Forcken-
beck um 10¼ Uhr eröffnet. Am Tische des
Bundesraths: Hofmann, Graf zu Eulenburg, von
Nostiz-Wallwitz, Dr. Friedberg und Andere.
Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung
über das Attentatgesetz.

Abg. Gneist ergeht sich zunächst in längerer
Schilderung der selbst gemachten Erfahrungen
auf dem Vereinsgebiete. Auf die vorliegende
Frage selbst eingehend, führt er aus, dass
Frage befestigte Einfluss der Führer der sociali-
stischen Arbeiter-Partei eine Annäherung an die
Arbeiter gar nicht mehr möglich mache. Man
stimme uns zu, da, wo man ohnedies schon unserer
Meinung ist. Der Grund dafür liege darin, dass
das Vereinswesen seit einem Menschenalter einen
anderen Charakter angenommen, als damals, wo
man mit Begeisterung für diese hohen Güter ein-
getreten sei. Die arbeitende Klasse habe sich der
besitzenden mehr und mehr entfremdet; sie schliesse
sich in schroffen Standesvorurtheile ab und habe
sich vor Vertrauen zu ihren Führern, die sich in gleicher
Schroffheit von den besitzenden Klasse abschliessen.
Alles wirke zusammen, um diesen Ideenkreis her-
metisch abzuschliessen. Wenn ein solcher Zu-
metisch de facto eingetreten, dann sei eine theil-
weise Hemmung gewisser Rechte wohl zulässig.
Von diesem Standpunkt halte er die Forderungen
der verbündeten Regierungen an sich für berech-
tigt. Dagegen theile er vollständig die juristischen
Bedenken, die der Abg. v. Bennigsen gestern bereit-
dargelegt hat und die zu dem einstimmigen Be-
schluss geführt, die Vorlage abzulehnen. Ange-
sichts der acuten Gefahren aber, von denen die
Gesellschaft bedroht wird, halte er es indess für
geboten, die Frage zu prüfen, ob es sich nicht
empfehlen würde, den Gegenstand in einem Inter-
missionium zu regeln, welcher vor Allem die juristi-
schen Bedenken und den Mangel der Vorlage beseitigt,

die administrative Thätigkeit durch objective Merk-
male zu kennzeichnen. Ebenso müssten die schweren
Criminalstrafen aus dem Gesetz entfernt und an
anderen Stellen die Pressvorschriften treten. Ein
solches Vorgehen sei durch die gewaltige Agitation
gerechtfertigt, die ausgesprochener Maassen dahin
gehe, das grösste Staatsverbrechen zu erzeugen.
Was solle der Staat einer Gesellschaft gegenüber
thun, die auf offenem Markte alle edlen Güter der
Menschheit besudele, welche die Religion, Vater-
landsliebe, den Gehorsam gegen die Gesetze des
Staates bekämpfe? Hier sei die Suspension an
Platze und werde sich dem keine Staatsgewalt
verschliessen können. Die Gesellschaft, führt
Redner weiter aus, habe eigennützig die Ziele, jeder
suche den anderen darin zu unterdrücken, und
womöglich seine ungerechten Uebergriffe durch
Gesetze zu legitimiren. Dieser Ungerechtigkeit zu
steuern, das Kastenwesen zu schütten, gleiches
Schwachen vor dem Starken zu schützen, gleiches
Recht für Alle zu schaffen, dazu sei der
Staat da, welcher ein Gegengewicht gegen den
Egoismus der Gesellschaft bilden müsse. Es
habe also der Staat die Pflicht, einmal der
Unterdrückung der Besitzlosen durch die besitzenden
Klassen zu verhindern und die regierenden
Parteien hätten es dazu auch bei uns an gutem
Willen nicht fehlen lassen. Andererseits habe der
Staat die Pflicht der Selbsterhaltung, auf deren
Grund er sich schützen müsse vor zerstörenden
Elementen. Letztere stellen sich aber in den So-
cialisten dar. Man müsse ihnen durch polizeiliche
Maassregeln erst die Wege ebnen, damit man die
kostenartige Abspaltung von der übrigen Gesell-
schaft, in welcher die arbeitenden Schichten sich
begeben hätten, beseitigen und in humaner Weise
die Arbeiter zu sich herüberziehen könne. Na-
mentlich die Presse der Arbeiter verdiene
dabei die grösste Beachtung. Daher seien
zunächst polizeiliche Maassregeln gegen Presse
und Vereine nöthig. Die Vorlage sei somit im
Ganzen gerechtfertigt, nicht im Einzelnen, und
Redner daher versuchen, die Vorlage in der zweiten
Berathung zu amendiren.

Abg. Windthorst-Meppen: Der Standpunkt,
den ich einnehme, ist gestern von unserem Freunde
Jörg vollständig klar gelegt. Ich habe nur zwei
Bemerkungen zu machen. Einmal sehe ich, dass
man Dr. Jörg missverstanden hat. Er hat ge-
sagt, dass der Gedanke, welcher diesem Gesetz
zu Grunde liegt, zu den Consequenzen führen müsse,
den Socialdemokraten auch das active und passive
Wahlrecht zu nehmen und ebenso die Berechtigung,
hier im Hause zu sitzen. Diese Consequenzen sind unklar,
aber Dr. Jörg hat es nicht aufgestellt als etwas zu
Erstrebendes, sondern um zu zeigen, wohin der Ge-
danke führt. Sodann hat der Abg. Jörg hinge-
wiesen auf den Weg internationaler Einwirkungen
auf die socialdemokratische Agitation. Auch ich
halte diesen Weg für den allein wirksamen, denn
die Wühlerien sind nicht auf Deutschland allein
beschränkt. Aber wenn diese internationalen Ver-
handlungen auf Grundlage dieser Vorlage geführt wer-
den sollten, so würde das zu Resultaten führen, die
ich tief beklagen würde. Auf die Vorlage übergehend,
wendet sich Redner zunächst gegen die Aeusserung des
Grafen Eulenburg in der gestrigen Sitzung. Derselbe
habe gesagt, das volle Haus beweise das grosse In-
teresse des Reichstages an der Sache. Sicherlich, aber
nur in dem Sinne, um im Namen der Deutschen
Nation gegen derartige Ausnahmegesetze Protest
einzulegen. Könnte die Regierung ein Gesetz
machen, welches den Regenten des Staats wirklich
in Zukunft vor Attentaten ein solches Gesetz an-
nehmen. Aber die heutige Vorlage sei kein solches
Gesetz. Man habe sie eingebracht, noch ehe
die Untersuchungsacten gegen den Attentäter ge-
schlossen; dadurch könne die Untersuchung auf das
bessere geföhrt werden. Die Vorlage wolle die
Ziele der Socialdemokratie treffen, man wisse aber
gar nicht, wo diese Zwecke anfangen und aufhören,
wo sie berechtigt seien, wo nicht. Mit der Polizei
Tendenzen belangen und verfolgen lassen, dürfte man
auf keinen Fall. Warum solle übrigens die Social-
demokratie nicht ebenfalls danach streben, die
Staatsgewalt in die Hand zu bekommen? Redner
den Staat streitet, sondern weil sie göttliche